

Rasch ans grosse Petro-Geld gelangen

Ölfunde in Brasilien – Ölkatastrophe in den USA:

Die Politik des südamerikanischen Landes zappelt zwischen unverhohlener Gier und beklommener Sorge

TEXT: LORENZ WINTER

War es Zufall oder mehr? Mitte Mai dieses Jahres meldete die staatliche Brennstoffagentur Brasiliens (ANP), der Petrobras-Konzern habe bei einer von ihr in Auftrag gegebenen Probebohrung das bisher zweitgrösste Untersalz-Vorkommen angezapft. Das neue Offshore-Feld „Franco“ liegt 195 Kilometer vor der Küste Rios in etwa 2.190 Meter Tiefe und dürfte vier bis fünf Milliarden Barrel (550 bis 685 Millionen Tonnen) hochwertiges Rohöl enthalten.

Gleichzeitig verfolgte eine Gruppe von 20 brasilianischen Ölfachleuten (darunter Angehörige der Marine und der Luftwaffe des Landes) im Golf von Mexiko gespannt die Bemühungen von British Petroleum zur Eindämmung der Ölkatastrophe bei der Bohrplattform „Deepwater Horizon“, durch die mehrere US-Bundesstaaten schwere Umweltschäden erleiden.

Der Ölfund bei Rio weckte abermals Begehrlichkeiten – nicht nur in der Wirtschaft und in der Finanzwelt Brasiliens, sondern vor allem auch in den Reihen seiner Politiker. Über die möglichen Folgen eines nachlässigen Umgangs mit riskanten Fördertechnologien reden Bürgermeister und Gouverneure, Abgeordnete und Senatoren hingegen nicht so gern und wenn schon, dann eher demagogisch. Dabei dürfte ihnen durchaus bewusst sein, dass auch Petrobras in jüngerer Vergangenheit bereits schlimme Erfahrungen auf diesem Gebiet sammeln konnte.

Zunächst jedoch drehte sich in den Reihen der Regierungsparteien eben-

so wie der Parlamentsopposition alles erst mal um das grosse Geld. Fast 825 Zusatzanträge zum wichtigsten Teil des derzeit in der Debatte befindlichen neuen Rahmengesetzes für die Mineralölwirtschaft zählte Petrobras-Chairman José Sérgio Gabrielli bedrückt. Sie beschäftigten sich überwiegend mit einem einzigen Thema: Wie kommen „mein“ Wahlkreis, „meine“ Ortsgemeinde oder „mein“ Bundesland möglichst rasch an möglichst viele Petro-Reais.

Gabriellis Trübsal angesichts des sich anbahnenden Hickhacks im Kongress war verständlich. Zwar soll sein Konzern bei der Ausbeutung der Untersalz-Felder als allgegenwärtiger Konsortialführer mit mindestens 30 Prozent dabei sein. Doch je länger die parlamentarischen Querelen andauerten, desto mehr verschleppte sich das Datum der Unterschrift Präsident Lulas unter das Gesetz und in desto weitere Ferne rückte infolgedessen der Förderbeginn in der Bucht von Santos.

Seit Herbst 2009 kam das Vorhaben im Parlament nur millimeterweise voran, obwohl die Regierung mehrfach seine Eilbedürftigkeit anmahnte. Mit gutem Grund: Für Lulas Wunschkandidatin in der Amtsnachfolge, seine bisherige Ministerin im Präsidialamt Dilma Rousseff, würde die erfolgreiche Verabschiedung des Rahmengesetzes durch den Kongress im Wahljahr 2010 einen prächtigen politischen Treibsatz bedeuten. Denn man wolle ja mit Hilfe der Ölfunde „Brasiliens wirtschaftliche und geopolitische Rolle nachhaltig ausbauen“, betonte Rousseff verschiedentlich.

Ihr Gegenspieler, der PSDB-Kandidat José Serra, dürfte gegen solche Ambitionen kaum etwas einzuwenden haben. Von der „grünen“ Präsidentschafts-Anwärterin Marina Silva wäre schon eher ein warnendes Wort zu erwarten, doch bisher schwieg sie sich zum Thema weitgehend aus.

Im übrigen entpuppte sich das Gesetzespaket wegen des monatelangen Streits zwischen „ölproduzierenden“ und „nicht-ölproduzierenden“ brasilianischen Bundesländern um die „gerechte“ Verteilung der Offshore-Tantiemen allmählich immer mehr als ein gefährlicher Sprengsatz, den auch Lula selber nicht zu entschärfen vermochte.

Drängte die Zeit auf politischer Ebene, so hatte es die Regierung nach Ansicht von Branchenkennern mit dem Gesetzentwurf praktisch von vorherein weniger eilig. Denn abgesehen vom Verzug des Produktionsbeginns durch technische Ausrüstungslücken der brasilianischen Ölindustrie, wissen Lula und seine Mitarbeiter natürlich, dass von der Versteigerung eines Förderblocks bis zu seiner wirtschaftlichen Nutzung ohnehin fünf bis zehn Jahre verstreichen können. Die Früchte der Untersalz-Exploration würde folglich so oder so eine andere Regierung einheimsen – womöglich gar ein von der heutigen Opposition gestelltes Kabinett.

Allerdings wirkt Brasilien beim Erschliessungstempo im Vergleich zu anderen Ölförderländern durch die Natur begünstigt. Von den 11 Bohrungen zum Stückpreis von 100



Schwimmende Ölförderplattform (vorn) beim bisher allein ausgebeuteten Untersalz-Feld "Tupi"



Im Hafen São Sebastião in der Bucht von Santos wird das auf "Tupi" geförderte Öl an Land gebracht

Millionen US-Dollar, die Petrobras bisher niederbrachte, stellte sich nur eine als vergeblich heraus. Das demonstriert eine erstaunlich hohe Ergiebigkeit der brasilianischen Untersalz-Vorkommen. Denn im Schnitt halten die Mineralölkonzerne schon eine Erfolgsquote von 30 Prozent für ein akzeptables Ergebnis. Ausserdem gehen Experten jetzt von nur 22 US-Dollar Explorations- und Förderkosten je Barrel aus – halb soviel wie bei den ersten Schätzungen von Ende 2008. Bei vermutlichen Untersalz-Vorkommen von 40 Milliarden Barrel (5,58 Milliarden Tonnen) bedeutet das zwar einen kolossalen Erschließungsaufwand von 880 Milliarden US-Dollar, jedoch gestreckt über viele Jahre.

Noch in zwei weiteren Punkten wendete sich das Blatt in den Vorjahren zugunsten Brasiliens und der Petrobras. Zum einen sind die bei Santos entdeckten Vorkommen nicht nur umfangreich und trotz ihrer Lage in teils 6 000 Metern Tiefe (und mehr) unter dem Meeresspiegel relativ leicht anzapfbar. Zum anderen verfügt Petrobras heute über genug Eigenkapital und besseren Zugang zu internationalen Kreditlinien als früher, um Exploration und Nutzung der Untersalzfelder finanzieren zu können. Diese Erkenntnis steht denn

auch hinter dem wichtigsten Einzelkapitel des neuen Rahmengesetzes (PL Nr. 5938/09), das den Übergang von der bisherigen Konzessionsvergabe zur direkten Teilhabe des Staates an den noch nicht ausgeschriebenen Untersalz-Vorkommen vorsieht.

Staatliche Teilhabe bedeutet, dass der Petrobras-Konzern an allen noch nicht versteigerten Förderblöcken partizipieren soll, wobei er sich in Einzelfällen aber auch auf die Rolle des Minderheitsaktionärs beschränken kann. Um das Unternehmen dazu finanziell zu befähigen, sieht ein weiteres Kapitel des Rahmengesetzes (PL Nr. 5941/09) eine Kapitalaufstockung vor, bei welcher der Staat neue Aktien von Petrobras gegen eigene (handelbare) Schuldtitel übernimmt. Als Deckungsgarantie sicherte sich der Fiskus fünf Milliarden Barrel (685 Millionen Tonnen) Untersalzöl, insbesondere aus dem neuentdeckten Feld „Franco“.

Die beiden übrigen Kapitel des Rahmengesetzes (PL Nr. 5939 und 5940/09) sehen die Gründung einer neuen Staatsholding („Pre-Sal“) vor, die alle Kontrakte mit Drittfirmen im Untersalz-Geschäft administrieren soll, sowie die Errichtung eines Sonderfonds, der die Erträge des Fiskus aus diesem Geschäftszweig an den

internationalen Kapitalmärkten anlegt. Die erzielten Renditen sollen öffentlichen Aufgaben in der Sozialpolitik und beim Ausbau der Infrastruktur dienen.

Im Prinzip stehen die Mittel des Fonds erst nach einer Karenzzeit von fünf Jahren zur Verfügung; vorher würde erst einmal sein Vermögensstock aufgebaut. Doch ist noch offen, ob das Fondsmanagement und die dann amtierende Regierung dem politischen Verlangen nach zumindest teilweiser Sofortausschüttung widerstehen werden. Da konnte auch der Hinweis von Wagner Victor, ehemaliger Energieminister von Rio und heute Chef des Wasserversorgers Cedae, auf die Gefahr einer Ölkatastrophe wie in den USA Zweifel an der künftigen Verwendung des Fonds sowie der den Ländern und Gemeinden verbleibenden Tantiemen nicht ausräumen. Denn als Sprecher eines „ölfördernden“ Bundeslandes lag ihm mit seinem Fingerzeig natürlich vor allem daran, für Rio vorab genügend Öleinkünfte zu fordern. Ob die dann im Notfall auch wirklich zur Schadenslinderung verfügbar sein würden, vermochte auch der sachkundige Topmanager nicht zu beantworten. ■